

Gegenleistungen sollten bis zum 30. Juni 2002 erbracht werden. Mit Faktura vom 17. Februar 2000 wurde das Kartenkontingent mit 0,11 Mio.S (*entspricht 0,01 Mio.EUR*), die Inserate mit 0,17 Mio.S (*entspricht 0,01 Mio.EUR*) und die Präsenz auf Werbemitteln mit 0,80 Mio.S (*entspricht 0,06 Mio.EUR*) in Rechnung gestellt. Für Aktivitäten der Firma H. gewährte die VBW die Nutzung von Theatermöglichkeiten im Wert von 0,12 Mio.S (*entspricht 0,01 Mio.EUR*) und für Theaterfeste im Werte von 0,03 Mio.S (*entspricht 0,002 Mio.EUR*). Für gemeinsame Produktionen von Werbemitteln wurden 0,11 Mio.S (*entspricht 0,01 Mio.EUR*) verrechnet. Damit müsste der Wert der Gegenleistung ohne Anzeigenabgabe über den Zeitraum von drei Jahren den Gegenwert der gelieferten EDV-Ausstattung in Höhe von 4,01 Mio.S (*entspricht 0,29 Mio.EUR*) erreichen.

Im Punkt 1.2 des Vertrages wurde der Abrechnungsmodus wie folgt festgelegt: „Die Einzelleistungen sollen jeweils in Rechnung gestellt werden und am Ende jedes Quartals sowie Jahres gegen den Gesamtwert an Geräten im Betrage von 4,01 Mio.S saldiert werden“. Tatsächlich wurde lt. der bereits gelegten Rechnung Nr. 56/00 vom 17. Februar 2000 der Jahresbetrag von 1,36 Mio.S (*entspricht 0,10 Mio.EUR*) netto inkl. Anzeigenabgabe für das Spieljahr 9/1999 bis 8/2000 gegenverrechnet, was der geschlossenen Vereinbarung nicht entsprach.

Es wurde daher empfohlen, sich künftig an die Bestimmungen der Vereinbarung zu halten oder eine diesbezügliche Vertragsänderung anzustreben.

Da statt der bisher rd. 70 PC nunmehr 102 neue PC und 31 alte PC sowie sechs Notebooks bei nahezu unverändertem Personalstand (31. Dezember 1999: 217 Angestellte ohne Arbeiter und Künstler) vorhanden sind, ergab sich eine nicht unbedeutende Erweiterung der EDV-Ausstattung. Lt. Jahresabschluss 1999 der KMV wurden insgesamt 7,32 Mio.S an EDV-Kosten (*entspricht 0,53 Mio.EUR*) an die VBW weiterverrechnet. Dieser Betrag entspricht rd. 80% der gesamten EDV-Kosten der KMV.

#### **Vereinigte Bühnen Wien Gesellschaft m.b.H., Feststellungen zum Jahresabschluss 1999**

Das Kontrollamt hat den Jahresabschluss 1999 der Vereinigte Bühnen Wien Gesellschaft m.b.H. („VBW“) einer stichprobenweisen Prüfung unterzogen:

1. Die Bilanzsumme der VBW zum 31. Dezember 1999 belief sich auf 632,83 Mio.S (*entspricht 45,99 Mio.EUR*). Der Bilanzverlust im Jahr 1999 betrug 7,33 Mio.S (*entspricht 0,53 Mio.EUR*). Das Anlagevermögen hatte sich im Vergleich zum Vorjahr um 76,42 Mio.S (*entspricht 5,55 Mio.EUR*) auf 466,39 Mio.S (*entspricht 33,89 Mio.EUR*) vermindert. Dieser Rückgang erklärte sich vor allem aus den „Wert-

Der abgeänderte Abrechnungsmodus hatte seine Ursache darin, dass Werbemaßnahmen – wie Inserate oder Sponsoring – seitens der Marketingabteilung spieljahrbezogen (September bis August des Folgejahres) abgerechnet werden, während vertragsgemäß ursprünglich die kalendermäßige Verrechnung vorgesehen war. Diese aus praktischen Abrechnungserfordernissen vorgenommene Änderung erfolgte im Einvernehmen mit dem Vertragspartner.

papieren des Anlagevermögens“ und stand u.a. im Zusammenhang mit dem Verkauf von Bundesschatzscheinen und Kassenobligationen. Auf der Passivseite waren insbesondere die „Sonstigen Rückstellungen“ hervorzuheben, die um 44,53 Mio.S (*entspricht 3,24 Mio.EUR*) abnahmen, was primär auf die Verwendung und Auflösung der „Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen“ zurückzuführen war.

2. Die Forderungen aus dem Verkauf von Theaterkarten gegenüber der Firma V. wiesen zum 31. Dezember 1999 einen Stand von 10 Mio.S (*entspricht 0,73 Mio.EUR*) auf. Hievon entfielen 0,69 Mio.S (*entspricht 0,05 Mio.EUR*) auf alte Forderungen, die ursprünglich (vor sechs Jahren) 20,12 Mio.S (*entspricht 1,46 Mio.EUR*) betragen hatten und die nicht zu banküblichen Konditionen, sondern zu den Bedingungen der VBW (Bundesschatzscheine) verzinst wurden. Gemäß der letzten Folgevereinbarung vom 29. Oktober 1999 wurden diese alten Forderungen bis zum 3. Juli 2000 getilgt.

Die restlichen 9,31 Mio.S (*entspricht 0,68 Mio.EUR*) betrafen den Saldo aus der laufenden Verrechnung des Jahres 1999 und wurden erst mit 24. August 2000 gänzlich beglichen. Am 31. Dezember 2000 wurde ein diesbezüglicher offener Saldo von 8,10 Mio.S (*entspricht 0,59 Mio.EUR*) ausgewiesen. Der Anteil der Außenstände stieg von 40,1% (31. Dezember 1999) auf 57,2% (31. Dezember 2000) des Jahresumsatzes. Obwohl die Verringerung der alten Forderungen auch im Zusammenhang mit den laufenden Geschäften zu sehen war, konnte der Forderungsstand insgesamt verringert werden. Es wurde dennoch empfohlen, den Forderungsstand laufend zu beobachten und dessen Reduktion auch weiterhin zu forcieren.

*Stellungnahme der Vereinigte Bühnen Wien Gesellschaft m.b.H:*

Die Firma V. deckt als externe Vertriebs-schiene ein für die VBW wichtiges Kundensegment – den Bereich Touristen, Sightseeing – mit ab.

Auf Grund des stetigen Ausbaues des VBW-Vertriebsbereiches auch im Hinblick auf ein aktives Customer Relations-Management-System („CRM“) werden originäre Kundensegmente der Firma V. zunehmend von der VBW selbst bearbeitet, was sich in Umsatzrückgängen der Firma V. auswirkt.

Für eine mehrjährige Regelung der monetären Außenstände auf Grund von kontingentierten Kartenbereitstellungen war seitens der VBW eine umsichtige (wie auch bestimmende) Vorgangsweise gewählt worden, da durch eine – ebenfalls erwogene – rigorose Schuldeneintreibung eine echte Insolvenzgefahr der Firma V. nicht auszuschließen war.

Die vormalig bis zu einem Betrag von rd. 20 Mio.S (*entspricht 1,45 Mio.EUR*) aushaftenden Altschulden wurden im Geschäftsjahr 2000 getilgt. Der Verrechnungssaldo aus den laufenden Geschäftsbeziehungen belief sich zum 16. November 2001 auf 6,10 Mio.S (*entspricht 0,44 Mio.EUR*). Demgegenüber sind finanzielle Sicherheiten von über 8,10 Mio.S (*entspricht 0,59 Mio.EUR*) aus Bankgarantien sowie aus zu Gunsten der VBW vinkulierten Lebensversicherungen verbrieft.

Den Empfehlungen des Kontrollamtes folgend, wird die Geschäftsführung der VBW auch weiterhin bemüht sein, den Forderungsstand gegenüber der Firma V. zu reduzieren und durch zusätzliche Zinsenverrechnungen zu angekündigten banküblichen Konditionen auch weiterhin jeden finanziellen Nachteil für die VBW hintanzuhalten.

3. Das „Vampirmuseum“ befand sich im Raimundtheater und erstreckte sich vom Kellergeschoß (Pausenraum) bis zu den Räumlichkeiten des Foyers im ersten Rang. In diesem Museum wurden in schwarz gestrichenen und gestalteten Räumlichkeiten verschiedene Objekte, Plakate, Bilder etc., zum Thema Graf Dracula bzw. Vampirismus in der künstlerisch-historischen Entwicklung dargestellt. Die Ausstellung stand im Zusammenhang mit der Musicalproduktion „Tanz der Vampire“, sie wurde am 24. Februar 1999 eröffnet und am 31. Dezember 2000 geschlossen. Während der Spielzeit des Musicals „Joseph“ (ab März 2000) fanden anstatt regelmäßiger Führungen nur mehr Sonderführungen statt.

Das „Vampirmuseum“ wurde lt. eingesehener Statistik von insgesamt 3.215 Besuchern frequentiert, wobei 106 Freikarten, 825 Vollzahler und 2.284 ermäßigte Besucher zu verzeichnen waren. Insgesamt fanden 248 Einzel- und Sonderführungen statt, was durchschnittlich rd. 13 Personen pro Führung ergab.

Diesen Besucherzahlen standen Einnahmen von rd. 0,15 Mio.S (*entspricht 0,01 Mio.EUR*) und Ausgaben von rd. 1,50 Mio.S (*entspricht 0,11 Mio.EUR*) gegenüber. Somit betrug die Einnahmen S 47,63 (*entspricht 3,46 EUR*) und die Ausgaben pro Besucher S 467,81 (*entspricht 34,- EUR*). Bei einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise wären noch die Personalkosten für die Museumsführer zu berücksichtigen gewesen. Des Weiteren fielen auch nicht unbeachtliche Kosten für die Rückadaptierung der Räumlichkeiten an. Die Kosten-Nutzen-Relation war daher als nicht befriedigend anzusehen.

Die Ausgaben für das „Vampirmuseum“ wurden sowohl in der VBW Kulturmanagement und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. („KMV“), u.zw. in Höhe von 0,87 Mio.S (*entspricht 0,06 Mio.EUR*), als auch in der VBW mit 0,63 Mio.S (*entspricht 0,05 Mio.EUR*) verbucht. Diesbezüglich wurde empfohlen, bei der Zuordnung der Erlöse und Kosten zwischen der Mutter- und der Tochtergesellschaft dem Verursachungsprinzip künftig stärker Rechnung zu tragen.

4. Die VBW wies zum 31. Dezember 1999 ein Finanzanlagevermögen von 270,65 Mio.S (*entspricht 19,67 Mio.EUR*) aus, dem ein Anschaffungswert von 281,20 Mio.S (*entspricht 20,44 Mio.EUR*) und eine kumulierte Teilwertabschreibung von 10,55 Mio.S (*entspricht*

Die im Zusammenhang mit der Musicalproduktion „Tanz der Vampire“ stehende Einrichtung und Ausgestaltung des „Vampirmuseums“ im Raimundtheater diente vor allem einer besseren Promotion und damit verbunden auch einer besseren Vermarktung dieser Musicalproduktion.

Immerhin war eine Besucherauslastung von 96,4% gegeben.

Hinsichtlich der Vermarktung der Produktion „Tanz der Vampire“ sind die Verwertungsbestrebungen am europäischen Markt wie in Japan noch nicht abgeschlossen. Abschließend ist zu erwähnen, dass mit dem Vampirmuseum die einmalige Gelegenheit, die weltweit größte New Yorker-Sammlung erwerben zu können, wahrgenommen werden konnte.

Hinsichtlich der Kostenzuordnung ist darauf zu verweisen, dass insbesondere die mit der Hausadaptierung im Zusammenhang stehenden Aufwendungen in der VBW verbucht wurden, in der erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Tochtergesellschaft KMV hingegen jene Museumsaufwendungen, die als anteilige Kosten für mögliche Weiterverwertungen anfielen.

0,77 Mio.EUR) gegenüberstanden. Davon entfiel auf das Bilanzjahr 1999 eine Teilwertabschreibung von 5,25 Mio.S (*entspricht 0,38 Mio.EUR*).

Die Wertpapiere des Anlagevermögens (Buchwert 31. Dezember 1999) bestanden aus drei Gruppen, nämlich aus Wiener Kommunal- und Pfandbriefen in Höhe von 0,13 Mio.S (*entspricht 0,01 Mio.EUR*), aus Investmentfonds im Betrag von 100,52 Mio.S (*entspricht 7,31 Mio.EUR*) und aus Bundesschatzscheinen im Betrag von 170 Mio.S (*entspricht 12,35 Mio.EUR*). Die Wiener Kommunal- und Pfandbriefe, die relativ hoch verzinsten älteren Emissionen betrafen, liefen im Jahre 2000 zur Gänze aus. Da diese Wertpapiere zu einem Kurs von 100% eingelöst wurden, war kein Kursrisiko gegeben. Der ursprüngliche Emissionszinssatz war auf Grund der allgemeinen Zinseentwicklung von bis zu 8,75% auf bis zu 4,25% gesenkt (malifiziert) worden.

Die größte Wertpapierposition stellten die Bundesschatzscheine 1997–2000/2 dar. Diese wurden viertel- bzw. halbjährlich laufend verlängert und der Zinssatz vierteljährlich an den 3-Monats-Geldmarktzinssatz angepasst. Die Verzinsung dieser Wertpapiere war mit 2,87% bzw. 3,32% marktbedingt relativ niedrig, jedoch höher als die Festgeldveranlagung von 2,6% bei der Hausbank.

Die Investmentfonds in Höhe von 100,52 Mio.S (*entspricht 7,31 Mio.EUR*) setzten sich aus sechs verschiedenen Fonds zusammen. Bei diesen traten seit der Anschaffung im Jahre 1997 bis zum 31. Dezember 1999 kumulierte Kursverluste von 10,55 Mio.S (*entspricht 0,77 Mio.EUR*) ein, wovon allein auf das Geschäftsjahr 1999 5,25 Mio.S (*entspricht 0,38 Mio.EUR*) entfielen. Das sinkende Kursniveau bei den Fonds, die im Portfolio reine Rentenpapiere führen, war 1997 vor allem auf den Ankaufszeitpunkt am 11. November – also kurz vor der Ausschüttung der Fonds – zurückzuführen. Der Kursrückgang im Jahre 1999 hingegen war primär eine Folge des sinkenden Zinsniveaus, wodurch die durchschnittliche Rendite auf 4,3% p.a. (bis 31. Dezember 2000) zurückging.

In der Wertpapierübersicht vom 22. Jänner 2001 (Stichtag 31. Dezember 2000) wurde eine Rendite von durchschnittlich 6,21% bzw. 6,78% ausgewiesen. Dies deshalb, weil die Kursverluste nicht in die Renditenberechnung miteinbezogen worden waren. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Rechenwerte vom Dezember 1997 bis Dezember 2000 ergab sich ein Kursverlust von mehr als 6,5% bei einem und von mehr als 6% bei einem anderen Rentenfonds.

Rentenfonds sind nur für längerfristige Veranlagungen sinnvoll, darüber hinaus ist der Zeitpunkt des Ankaufes für die Kursentwicklung von wesentlicher Bedeutung (Zinsniveau, Ausschüttungszeitpunkt etc.). Im Zuge der Prüfung wurde dem Kontrollamt auch der Rechenschaftsbericht 1999/2000 eines Fonds vorgelegt. Hiezu wurde grundsätzlich empfohlen, von den Banken die Rechenschaftsberichte der Fonds anzufordern und darin enthaltene Informationen als Grundlage für die Beratungsgespräche heranzuziehen.

Bundesschatzscheine und Festgelder haben hingegen eine vergleichsweise niedrigere Verzinsung, jedoch kein Kursrisiko und nur eine kurze Veranlagungsdauer und führen somit zu einer hohen Flexibilität bei einer Portfolioumschichtung. In Zeiten stark sinkender Habenzinsen ist eine Veranlagung in Rentenfonds nicht unproblematisch. Es wurde daher empfohlen, in Hinkunft auch dem Anschaffungszeitpunkt ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

Die Verwaltung des Finanzanlagevermögens der VBW erfolgte in Ausrichtung nach konservativen, weitgehend risikofreien wie nicht spekulativen Veranlagungsformen unter Einbindung dreier Bankinstitute mit mehreren Veranlagungsformen.

Wie die Einschau weiters ergab, wiesen die Fondsprodukte einer Bank in den letzten drei Jahren eine ungünstigere Performance auf als die anderen angeschafften Fonds. Im Zuge der Einschau wurden die Performancekurven von thesaurierenden Varianten der Fonds vorgelegt, obwohl ausschüttende Fonds angeschafft worden waren. Wie in der bereits erwähnten Wertpapierübersicht der VBW in einer Fußnote angemerkt wurde, hätte der Zinsertrag für ein Monat Veranlagung 7,15% bzw. 5,38% betragen. Dabei blieb allerdings unberücksichtigt, dass zwar ein Zinsertrag angekauft, aber naturgemäß nach der Ausschüttung des Fonds ein Kursabschlag in Höhe des Couponertrages hingenommen werden musste. In diesem Zusammenhang wurde empfohlen, bei künftigen Veranlagungen in Fonds den Aspekten der Rentabilität und Kursentwicklung besondere Beachtung zu widmen.

5. Neben den Wertpapieren hatte die VBW im Umlaufvermögen noch 100,63 Mio.S (*entspricht 7,31 Mio.EUR*) an Bankguthaben ausgewiesen, wovon 24,50 Mio.S (*entspricht 1,78 Mio.EUR*) als Festgelder mit 2,6% Verzinsung veranlagt waren. Auf ein US-Dollarkonto entfielen weitere 766.354,19 USD und 500.000 USD, die als Festgeld mit 5,75% veranlagt worden waren. Da die VBW größere Geldbeträge für Tantiemen- und Lizenzzahlungen in die USA zu tätigen hatte, war die Einrichtung eines Dollarkontos durchaus sinnvoll. Wie die Einschau ergab, wurden 1997 und 1998 die US-Dollarbeträge zu einem Kurs von unter S 12,- (*entspricht 0,87 EUR*) angekauft, der inzwischen beachtlich gestiegen war. Es wurde daher – unter Berücksichtigung laufender US-Dollarzahlungen – empfohlen, die bisherigen Kursgewinne durch Verkauf von Dollarguthaben zu realisieren.

Die restlichen Bankguthaben lagen auf Kontokorrentkonten und dienten zur laufenden Finanzierung des Unternehmens.

Bei der Auswahl dieser bediente sich die VBW auch der Dienste eines Veranlagungsspezialisten. Für mittel- wie langfristige Fondsveranlagungen wurde – u.a. zur Bedeckung von Abfertigungsverpflichtungen des Unternehmens – ein empfohlener Veranlagungshorizont von sechs bis acht Jahren ins Auge gefasst. Hinsichtlich der Kursverluste im Jahre 1997 ist anzumerken, dass beim Ankauf im November 1997 die gesamten Jahreszinsen für 1997 (anstatt der anteiligen) der VBW zugerechnet wurden.

Die von der VBW getätigten Fondsankäufe waren aus heutiger Sicht sowohl hinsichtlich ihrer Renditen als auch der Ankaufszeitpunkte als günstig anzusehen.

Für kurzfristige Finanzdispositionen wurden Bundesschatzscheine nach Anbotsstellung verschiedener Bankinstitute (jeweils auf Monate begrenzt) zu marktbedingt geringeren Zinsen gezeichnet.

Den Empfehlungen des Kontrollamtes hinsichtlich der weiteren Anforderung von Rechenschaftsberichten von Fonds und der Zuwendung eines weiterhin erhöhten Augenmerks hinsichtlich der Zeitpunkte für Fondsankäufe wird Rechnung getragen werden.

Die Vorlage vergleichender Bankinformationen über thesaurierende Varianten sollte dazu beitragen, die Veranlagungsproblematik aufzuzeigen. Diese Informationen waren nur als Zusatzinformationen gedacht.

Dass nach jeder Ausschüttung der Fonds ein entsprechender Kursabschlag erfolgt, wird künftig angemerkt werden.

Auch bei künftigen Veranlagungen wird der Entwicklung der Kurse und der Renditeerwartungen durch Einbindung von Anlagespezialisten von Bankinstituten besondere Beachtung beigemessen werden.

Dollarveranlagungen, die im Hinblick auf erwartete Tantiemen- und Lizenzzahlungen vorgenommen worden waren, wurden inzwischen zu einem sehr günstigen Verkaufszeitpunkt veräußert. Die damit verbundenen Zinserträge und Kursgewinne beliefen sich auf rd. 4,70 Mio.S (*entspricht 0,34 Mio.EUR*) für den Zeitraum September 1998 bis März 2001, was für den bereits erkennbaren positiven Finanzerfolg des Unternehmens auch für das Jahr 2001 mitverursachend sein wird.